



Junge Liberale

JuLis-Lexikon

Abitur

Das Abitur soll nach Meinung der JuLis die zentrale Hochschulzugangsberechtigung sein und sein Erwerb somit Ausdruck von Studierfähigkeit bleiben. Da es auf verschiedenen Wegen erworben werden kann, ist im Sinne der Chancengleichheit darauf zu achten, dass die Anforderungen der verschiedenen Schultypen angeglichen werden. Die Einführung eines Zentralabiturs lehnen die JuLis aber ab, da regionale Besonderheiten im Unterricht nicht mehr angemessen behandelt werden können und unterschiedliche Schwerpunkte seitens des Lehrkörpers sich zum Nachteil der Schüler auswirken können. Vielmehr ist ein System zu befürworten, in dem den jeweiligen Fachlehrer von zentraler Stelle ausgearbeitete Vorschläge vorgelegt werden, aus denen er die für seine Lerngruppe am besten geeigneten auswählt. Die Korrektur soll er nach einem ebenfalls zentral ausgearbeiteten Korrekturvorschlag durchführen, den er in bestimmten Grenzen seiner Schwerpunktsetzung im Unterricht anpassen kann.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist zu einem der größten sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Gesellschaft geworden. Aber auch für den Einzelnen ist die eigene Arbeitslosigkeit in der Regel mit großen wirtschaftlichen und psychischen Problemen verbunden. Die Linderung der Not der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist daher eine der wichtigsten Aufgaben jungliberaler Politik.

Armut

Armut gibt es in den meisten Staaten der Dritten Welt. Hier ist die Entwicklungshilfe durch finanzielle Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe gefordert. Auch der Knowhow-Transfer spielt eine wesentliche Rolle beim Abbau der Kluft zwischen Nord und Süd. Daneben muss es zum Abbau protektionistischer Handelsschranken kommen. Armut ist dabei nicht nur ein soziales Problem, sondern auch Hauptsache für mangelnden Umweltschutz. Nur wenn die Staaten der sogenannten Dritten Welt ihre Produkte auf dem Weltmarkt auch verkaufen können, besteht die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gesundung. Andererseits ist die, mit der Dritten Welt nicht vergleichbare, sogenannte „neue Armut“ inzwischen auch ein Problem in Deutschland selbst. Insbesondere kinderreiche Familien und alleinerziehende Personen drohen zunehmend zu verarmen, vor allem, wenn Arbeitslosigkeit hinzukommt. Ursache dieser Probleme ist aber nicht die Marktwirtschaft, sie liegt im Gegenteil in den unübersichtlichen und daher unzureichenden staatlichen Hilfsleistungen. Wer bei den 152 Sozialleistungen, die bei 37 Behörden zu beziehen sind, den Überblick behält, steht gut da. Wer (wie die meisten) diesen Überblick nicht hat, bleibt auf der Strecke und erhält nicht die Hilfe, die ihm zusteht. Das Bürgergeldsystem soll da Abhilfe schaffen und den wirklich Bedürftigen dadurch helfen, dass die Sozialleistungen bei einer Behörde, dem Finanzamt, verwaltet und vergeben werden.

Atomkraft

Die Atomkraft ist derzeit die einzige Energieform, die in größeren Mengen zu vernünftigen Preisen zur Verfügung steht und die CO₂-Problematik nicht verschärft. Da aber ein risikoloser Betrieb und die Lagerung des radioaktiven Abfalls, der das größte Problem bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist, nicht in Sicht ist, fordern wir den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie. Bis zu diesem Ausstieg muss aber eine geeignete Endlagerstätte in Betrieb genommen werden. Da aber alternative und regenerative Energieformen (z.B. Sonnenenergie), deren Erforschung stärker als bisher zu fördern ist, auch in absehbarer Zukunft nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen, sind wir der Ansicht, dass mittelfristig nicht auf den Betrieb von Atomkraftwerken verzichtet werden kann. Dies bedeutet auch, dass alte Kraftwerke durch neue und modernere Anlagen ersetzt werden müssen, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Ausbildungsplätze

Aufgabe liberaler Politik bleibt, dafür zu sorgen, dass alle die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden, die einen suchen. Ausbildung ist nicht nur ein Kostenfaktor für ausbildende Unternehmen. Ausbildung ist im Gegenteil eine Investition – sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Motiviertes und qualifiziertes Personal stellen mit das wichtigste Kapital für Unternehmen dar. Betriebliche Erstausbildung ist ein Beitrag zur betrieblichen Zukunftssicherung, nicht eine sozialpolitische motivierte Aufgabe der Unternehmen. Hohe Kostenbelastungen, ein kompliziertes Steuerrecht, mangelnde Flexibilität und Überreglementierungen vernichten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Verantwortlich sind sowohl der Staat als auch die Tarifparteien. Ebenso vielfältig wie die Ursachen müssen auch die Instrumente zur Lösung des Problems sein. Einfache Parolen wie "wer nicht ausbildet soll zahlen/wird umgelegt", stellen daher keine Hilfe zur Schaffung von Ausbildungsplätzen dar.

BAföG

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz in ihrer jetzigen Form ist eine völlig unzureichende staatliche Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Heute kommen zu wenige Studierende in den Genuss von zu geringen Förderungssummen, so dass immer noch zu viele Studierende aufs Jobben angewiesen sind. Für die Reform des BAföG schlagen wir ein Drei-Körbe-Modell vor. Der erste Korb besteht aus einem Sockelbetrag von 200€, steht jedem Studierenden unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern zur Verfügung und ersetzt Kindergeld und Kinderfreibeträge. Der zweite Korb besteht aus einem unverzinslichen Darlehen bis zu 200€, dessen Höhe in Abhängigkeit der finanziellen Situation der Eltern errechnet wird. Die Darlehensschuld soll sich bei hervorragenden Abschlüssen mindern, um Leistungsanreize zu schaffen. Der dritte Korb enthält einen Zuschuss bis 175€ abhängig von der Situation der Eltern. Die Ausbildungsförderung darf nicht an der deutschen Grenze halt machen. Vielmehr gilt es, gerade Studien im Ausland zu fördern, um hier keine soziale Schranke zuzulassen. Ferner muss die verwirrende Vielfalt bei Zuschüssen, Darlehen und Stipendien zur Förderung von Studien- und Ausbildungsaufenthalten im Ausland verringert und die Antragsverfahren entbürokratisiert und die Informationsbeschaffung vereinfacht werden. Langfristig soll das BAföG im Bürgergeld aufgehen.

Berufliche Bildung

Das System der dualen beruflichen Bildung hat sich bewährt. Jedoch haben viele berufliche Ausbildungsgänge, vor allem im Handwerk, Schwierigkeiten, Ausbildungswillige zu finden. Wir fordern eine stärkere Differenzierung und eine qualitative Verbesserung der Ausbildung. So sollten z.B. Hochschulen auch für besonders qualifizierte Meister geöffnet werden oder ein „Fachwerker“-Ausbildungsgang geschaffen werden, bei dem die theoretischen Anforderungen geringer sind als bei den traditionellen Ausbildungsberufen. Besonders begabte Berufsauszubildende sollten stärker als bisher gefördert werden.

Beschäftigung

Wirtschaftlicher Aufschwung kann für einen Teil der Arbeitslosen neue Stellen schaffen, um die Arbeitslosigkeit allerdings konsequent abzubauen sind neue Rahmenbedingungen notwendig. Aufgabe der Politik muss es sein die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen. Wir fordern daher: Mehr Flexibilität im Arbeitsleben, bei Arbeitszeiten, Löhnen etc. So kann mehr Teilzeitarbeit ermöglicht werden und Beschäftigungsverhältnisse können besser der jeweiligen Situation angepasst werden. Die Tarifpartner müssen hier Möglichkeiten schaffen, sie dürfen nicht länger Abschlüsse zu Lasten Dritter (der Arbeitslosen) vereinbaren. Arbeit muss sich lohnen. Es kann nicht angehen, dass jemand, der brutto mehr verdient, netto weniger hat, da Sozialleistungen wegfallen (Brutto-Netto-Umkehrung). Auch geringbezahlte Beschäftigungen müssen sich auszahlen, sie dürfen nicht vollständig auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Das Bürgergeldsystem kann hierbei Abhilfe schaffen. Auch der sog. Kombi-Lohn ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern die Senkung der Lohnnebenkosten, um den Faktor Arbeit zu entlasten und die Personalkosten in Unternehmen zu verringern, sowie diesen mehr Spielraum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu geben. Wir fordern, dass die 400€-Beschäftigungsverhältnisse, mit denen sich Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitslose und Bezieher kleiner Einkommen ein Zubrot verdienen können, von Sozialabgaben befreit werden und steuerfrei bleiben müssen.

Bildung

Bildung ist die Grundlage jeder zivilen Gemeinschaft. Somit ist Bildung für uns Junge Liberale ein hoher Wert. Da sie die Grundlage zum Erreichen der individuellen Ziele eines jeden einzelnen ist und außerdem einen wichtigen Faktor zur Herausbildung der Persönlichkeit jedes Menschen darstellt, muss Bildung für jedermann erreichbar sein. Das gebietet der liberale Grundsatz der größtmöglichen Chancengleichheit. Dabei ist Bildung aber nicht mit schlichter Wissensvermittlung gleichzusetzen, sondern auch das Erlernen von Toleranz, zwischenmenschlichen Umgangsformen, Kreativität und Eigeninitiative sind Inhalte des liberalen Bildungsbegriffs.

Bildungsgutscheine

Die Jungen Liberalen setzen sich für eine Neustrukturierung der Studienfinanzierung ein. Nicht primär Bildungseinrichtungen sollen unterstützt werden, sondern die Bildung jedes Einzelnen muss staatlich finanziert werden. Daher fordern die Jungen Liberalen die Einführung von Bildungsgutscheinen. Bildungsgutscheine verbinden die Ziele der individuellen Bildungsförderung, der Chancengleichheit, der transparenten und wettbewerbsgerechten Hochschulfinanzierung sowie der Leistungsanreize in der Lehre

miteinander. Die sogenannten Bildungsgutscheine werden jedem Auszubildenden oder Studenten auf seinen Namen für eine gewisse Anzahl von Regelsemestern vom Staat ausgehändigt. Diese Gutscheine kann er an einer Bildungsinstitution seiner Wahl (vorausgesetzt er wird aufgenommen) einlösen. Zusätzlich wird ein Kontingent für freiwillige Teilnahme an fächerübergreifenden Lehrveranstaltungen, einen Studienfachwechsel in der Anfangsphase, Prüfungswiederholungen und Wahlfächer zur Verfügung gestellt. Die Bildungsgutscheine werden bis zu einem ersten Studienabschluss unentgeltlich gewährt. Sie können von den Studierenden ihren Lebensumständen und ihrer Studiensituation entsprechend eingesetzt werden. Die Hochschulen können über die bei ihnen eingelösten Bildungsgutscheine frei verfügen. Damit wird für die Studenten Kostentransparenz und Kostenbewusstsein geschaffen, für die Hochschulen der Wettbewerb um Studenten angeregt.

Bundeswehr

Wir JuLis halten eine Verteidigungsarmee auch in Zukunft für notwendig. Außerdem werden sich mit der höheren Verantwortung, die Deutschland nach der Wiedervereinigung tragen muss, die Aufgabengebiete der Bundeswehr erweitern (Blauhelme, humanitäre Hilfseinsätze). Bedingt durch internationale Abkommen und die brisante haushaltspolitische Lage, hat die Bundeswehr deutlich mehr Soldaten im Einsatz als noch zu Zeiten des Kalten Krieges, dafür steigen die Anforderungen an die Soldaten beträchtlich. Die Soldaten brauchen Routine, kontinuierliches Training, Professionalität und jahrelange Erfahrung, was bei 10 Monaten Dienstpflicht nicht mehr gegeben sein kann. Deshalb fordern die JuLis eine Berufsarmee. Die Wehrpflichtigen sollen nur noch im Verteidigungsfalle eingezogen werden. Außerdem fordern die JuLis die Gleichstellung von Frauen bei der Bundeswehr. Wir begrüßen daher, dass Frauen zum Dienst an der Waffe zugelassen wurden. Die Bundeswehr muss weiterhin mit ihren Bündnispartnern, vor allem aber auf europäischer Ebene, international zusammenarbeiten. Fernziel sollte im Hinblick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU eine Verschmelzung mit einer EU-Armee sein.

Bürgergeld

Das Bürgergeld, auch als Negativsteuer bezeichnet, ist ein System, mit dem unser Sozialsystem sowohl gerechter, als auch wesentlich unbürokratischer gestaltet werden soll. Derzeit gibt es rund 152 Sozialleistungen, die an etwa 37 Stellen abgerufen werden können. Das führt dazu, dass Sozialleistungsempfänger an vielen verschiedenen Stellen auf vielen verschiedenen Formularen ihre Forderungen einreichen müssen. Die Folge ist, dass viele Bedürftige den Durchblick verlieren und auf Leistungen verzichten, während einige „Sozialprofis“ abkassieren. Das Bürgergeldsystem hingegen billigt jedem Bürger einen bestimmten Geldbetrag zu, auf den er zum Bestreiten seines Lebensunterhalts Anspruch hat und der sich nach seinen individuellen Lebensumständen (wie beispielsweise Kinder in der Ausbildung) richtet. Ein berufstätiger Arbeitnehmer, der mit seinem Einkommen oberhalb dieses Betrags liegt, wird, wie bisher besteuert. Wer darunter liegt bekommt staatliche Zuschüsse. Damit sich für Leistungsempfänger die Annahme einer weniger gut besuchten Arbeit lohnt, werden hieraus bezogene Einkünfte nur zu einem bestimmten Teil gegen die Leistungen aufgerechnet, so dass ein arbeitender Empfänger besser gestellt ist, als ein Nichttätiger. Durch ein solches System lässt sich nicht nur viel Verwaltungsaufwand (und damit Geld) sparen, sondern es wird auch mehr Gerechtigkeit bei niedrigen Steuersätzen erreicht. Die Idee des Bürgergelds wurde von den Jungen Liberalen aufgegriffen und durchgesetzt, so dass sie inzwischen in weiten Teilen Bestandteil des Programms der FDP ist.

Bürokratie

Bürokratie ist die real existierende Form des Staatsanspruchs, immer mehr als Staat verantwortlich zu regeln. Dieser Anspruch wird genährt von politisch konservativen Kräften, die dem Staat die Lösung aller möglichen Probleme zutrauen („Vater Staat wird's schon richten“). Dabei unterliegt der zur Lösung vorgeblich unbedingt nötige Staatsapparat der Bürokratie Trägheitsgesetzen. Er ist unflexibel, zu groß, nicht bedürfnisgerecht gestaltet und übernimmt oft Verantwortung für Aufgaben, die am besten in privater Verantwortung blieben (Privatisierung). Zudem verzettelt sich die Bürokratie gern in Formalismen, was jeder bestätigen kann, der z.B. schon einmal auf einer Führerscheinstelle war.

Datenschutz

Die gesammelten Informationen über Personen sind ein sehr sensibles Gut. Jede Person muss daher grundsätzlich selbst bestimmen können, welche Daten sie weitergeben will und welche nicht. Daten, die zwangsweise gesammelt werden, müssen daher ganz besonders sorgfältig behandelt werden; ein Missbrauch (z.B. mit Unterlagen der Krankenkassen) muss ausgeschlossen werden. Eine Vernetzung von Datenbanken kommt für uns nur in seltenen Ausnahmefällen in Frage, wenn der Zweck durch keine andere Maßnahme erreicht werden kann. Dies gilt z.B. für einen Datenabgleich zwischen Sozial- und Arbeitsamt zur Missbrauchsbekämpfung bei Sozialleistungen. Der Handel mit Adressen muss stärker kontrolliert und beschränkt werden. Der „gläserne Mensch“ ist für uns eine Horrorvorstellung. Auch fordern wir eine Verbesserung des Datenschutzes z.B. durch folgende Maßnahmen: Datenschutzbeauftragten vom jeweiligen Landesparlament bzw. vom Bundestag wählen lassen, entsprechende Gesetze mit dem Ziel der Stärkung des Datenschutzes überarbeiten, Datenschutz im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich in eine Hand legen. Wir sind gegen einen Zwang zur Hinterlegung eines Schlüssels beim Staat, wenn Daten im Internet verschlüsselt übertragen werden. Auch in der Informationsgesellschaft muss die Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen geschützt sein.

Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe ist ein Gebot sowohl der Menschlichkeit als auch der Vernunft. Wohlstand ist kein Vorrecht der Menschen in Industrieländern, sondern muss für alle Wirklichkeit werden können. Bildung und Ausbildung muss der Mittelpunkt liberaler Entwicklungshilfe sein. Die meisten Problembereiche in Entwicklungsländern, beispielsweise Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, fehlende Sexualaufklärung und der daraus resultierende Bevölkerungszuwachs und die Verbreitung von AIDS, sind zumindest indirekt auf mangelnde Bildung zurückzuführen. Entwicklungshilfe heißt in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe. Wir können nur möglichst günstige, weltweite Rahmenbedingungen schaffen und besonders durch projektbezogene ideelle und finanzielle Unterstützung den Stein ins Rollen bringen. Die Aufbauarbeit muss vor Ort und mit den Menschen im Einklang geschehen. Der Gedanke des bloßen Überstülpens westlichen Gedankengutes ist daher veraltet. Länder müssen sich im Rahmen ihrer eigenen Geschichte und Kultur weiterentwickeln können.

Europa, Europäische Union (EU)

Die europäische Einigung ist nicht nur wirtschaftlich ein Riesengewinn für die Mitgliedsländer, sie hat vielmehr die Verständigung zwischen den Menschen gefördert und

dadurch Frieden und Freiheit in Europa gesichert. Unsere Zeit ist geprägt vom Übergang von Nationalstaaten zur EU, die bisher erst auf dem Papier besteht. Das 21. Jahrhundert verlangt größere Ordnungseinheiten und Identitätsträger, um den wachsenden Problemen des Umweltschutzes, der Friedenssicherung und des wirtschaftlichen Wettbewerbs gerecht werden zu können. Deshalb bleibt unser Ziel ein föderatives, bürgernahes, subsidiär aufgebautes Europa. Einheit in Vielfalt ist unsere europäische Vision. Demokratie und Liberalismus bilden dabei die Basis einer europäischen Gemeinschaft. Ziel ist die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft. Deshalb wünschen wir uns auch eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Rahmen ein gemeinsamer ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat durch die Europäische Union eingenommen werden soll. Gesamteuropäische Probleme sind gesamteuropäisch zu lösen. Deshalb fordern wir eine europäische Umweltpolitik ebenso wie eine einheitliche Asyl- und Einwanderungspolitik auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention für Europa. Denn diese Probleme betreffen länderübergreifend alle Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus dürfen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität Entscheidungsbefugnisse nur dann auf die europäische Ebene übertragen werden, wenn die Regionen oder Mitgliedstaaten diese nicht ebenso gut oder schlechter wahrnehmen können. So können auch z.B. auch Befugnisse von Brüssel auf die Nationalstaaten oder die Regionen zurückverlagert werden. Europa lebt von seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt, unsere Vision ist deshalb kein zentralistischer, vom Bürger entrückter Superstaat, sondern ein Europa der Regionen und ein Europa der Bürger. Nach unseren Vorstellungen geht eine Vertiefung der EU Hand in Hand mit einer fortschreitenden Demokratisierung ihrer Institutionen und einer Erweiterung um die Länder Osteuropas. Diese Länder brauchen die Perspektive, die ihnen einen konkreten Aufnahmeterrain versichert, um den dortigen demokratischen und wirtschaftlichen Stabilisierungsprozess nicht zu gefährden. Deutschland hat für die Aufnahme der osteuropäischen Staaten eine besondere historische Verantwortung. Denn schließlich ermöglichten es erst die Völker in diesen Ländern, dass Deutschland seine Einheit wiedererlangen konnte. Vor allem auch Russland, muss mit in die politische Arbeit eingebunden werden.

Europäische Währungsunion

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist die strategische Antwort der EU auf die Globalisierung der Märkte und die Entstehung neuer dynamischer Wachstumszentren. Europa bracht einen attraktiven gemeinsamen Markt mit einer starken gemeinsamen Währung, um im globalen Wettbewerb mit den großen asiatischen und amerikanischen Freihandelszonen zu bestehen. Die Währungsunion vollendet dabei den Binnenmarkt und setzt Wachstumskräfte für neue Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland frei. Langfristig bleibt es unser Ziel, alle europäischen Staaten in die Währungsunion zu integrieren. Um den Anschluss derjenigen Staaten, die bisher nicht beitreten konnten, zu ermöglichen, sind sie aus den bestehenden Fonds zu unterstützen, sofern sie eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben. Die Erfüllung der Stabilitätskriterien sind auch Voraussetzung für einen Beitritt zur Währungsunion.

Extremismus

Wir Jungen Liberalen wenden uns gegen jede Art von politischem Extremismus. Wir sehen eine akute Gefährdung derzeit besonders im Rechtsextremismus. Die Verbreitung von rechtsextremen Ideen bis weit hinein in bürgerliche Schichten kann und darf nicht unterschätzt werden. Eine weitere Verschärfung von Gesetzen halten wir allerdings für überflüssig, da unsere bisherigen Polizei- und Strafgesetze bei konsequenter Anwendung

zur Bekämpfung des Extremismus ausreichen. Wichtiger als die Bekämpfung ist die Prävention. Daher muss schon im Kindergarten, dann in Schule, Elternhaus, Jugendclubs etc. auf die Gefahren von extremistischen Tendenzen hingewiesen und differenziertes, vernetztes Denken gefördert werden. Aufgeklärte und tolerante Menschen unterliegen weniger der Gefahr sich extremistischen Parolen anzuschließen.

Föderalismus

Der bundesdeutsche Föderalismus war ursprünglich gedacht als Instrument der Gewaltenteilung, das zentralistische Entscheidungsmacht verhindern und den Ländern ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten sichern sollte. Die dafür notwendige gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Ebenen und ein gesunder Leistungsgedanke der Länder ist aber zunehmend nicht mehr gewährleistet. Kein Bürger weiß, welche politische Entscheidungen wer zu verantworten hat, ein Wettbewerb der Länder wird aus diesem Grund unmöglich. Wir brauchen deshalb wieder echte Demokratie, klare Aufgabenzuweisung an die einzelnen Ebenen, Abschaffung der Doppelzuständigkeiten und Gemeinschaftsaufgaben, die Abschaffung solcher „Runden Tische“ wie der Kultusministerkonferenz. Wir brauchen wieder echten Wettbewerbsföderalismus durch eine Entflechtung der Steuerhoheiten, Ersetzung des Mischsystems durch ein Trennsystem, Abschaffung der Gemeinschaftssteuern und vor allem eine radikale Reform des Länderfinanzausgleichs. Denn: Leistung muss sich wieder lohnen.

Fremdsprachen

Im Hinblick auf ein zusammenwachsendes Europa gewinnen Fremdsprachenkenntnisse einen zunehmend höheren Stellenwert für jeden Bürger. Um Schüler daher möglichst früh mit den Sprachen anderer Völker in Berührung zu bringen, halten die JuLis es für sinnvoll, bereits in Grundschulen mit Fremdsprachenunterricht zu beginnen. Der Umgang mit diesem Fach sollte ein spielerischer sein, der neugierig macht und die Bereitschaft zur intensiven Beschäftigung fördert. Auf diese Art und Weise ließe sich auch schon früh die Kultur anderer Völker vermitteln.

Ganztagschulen

Um Eltern und Schülern die freie Wahl eines Schultyps unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen und somit den Grundsatz der größtmöglichen Gleichheit der Chancen zu verwirklichen, sind (freiwillige) Ganztageseinrichtungen an allen Schultypen anzubieten. Neben AGs (z.B. Sport oder Kunst) soll hierbei besonders die Hausaufgabenbetreuung im Vordergrund stehen.

Generationengerechtigkeit

Bei den meisten politischen Entscheidungen wird die Wirkung auf junge Menschen und zukünftige Generationen meist strikt nicht beachtet. Die Wähler von heute honorieren „Nachhaltigkeit“ in diesem Sinne oft nicht. Trotzdem liegt es im Interesse von uns allen die Handlungsfähigkeit unserer Kinder und Kindeskiner nicht jetzt schon einzuschränken. Die Kredite, die wir heute aufnehmen, müssen wir nicht mehr zahlen, engen aber unsere Kinder

jetzt schon ein. Umweltverschmutzung greift in das Leben zukünftiger Generationen ein, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Unser Rentensystem verschiebt Lasten all zu gern in die Zukunft. Wir fordern deshalb einen Stop der Neuverschuldung und Generationenbilanzen der öffentlichen Haushalte, die deutlich machen, welche Lasten in der Zukunft zu tragen sind. Wir fordern eine Reform der Rentenversicherung die den Namen verdient und wir fordern den Umbau der Umweltpolitik hin zu einer ökologischen Marktwirtschaft, die mit Anreizen und Zertifikaten besser funktioniert als Steuern und Verbote.

Globalisierung

Der Begriff, der seit den späten 90er Jahren den Übergang ins 21. Jahrhundert prägt, ist Globalisierung. Die Globalisierung ist ein Prozess, in dem die Welt näher zusammenrückt – gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch. Dies führt zu einem verstärkten Austausch der Kulturen und zu einem deutlich schärferen wirtschaftlichen Wettbewerb. Mit ihm verbinden sich Chancen und Risiken, vielfach leider auch Ängste und Befürchtungen. Die Globalisierung fordert die Menschen und die Politik, wenn Chancen genutzt und Risiken vermieden werden sollen. Hier gilt es, die notwendigen Entscheidungen mutig zu treffen und sich nicht von denjenigen verunsichern lassen, die behaupten, man müsse sich nicht verändern. Wer sich nicht verändert, kann auch nicht gewinnen. Veränderungen sind besonders im Bereich der Wirtschaft, der Kultur und der internationalen Politik notwendig, wo sich auch die größten Chancen der Globalisierung befinden. Die Jungen Liberalen stellen sich der Globalisierung. Wir wollen die Chancen nutzen, die sich in der zusammenwachsenden Welt ergeben.

Gymnasium

Das Gymnasium soll auf die Aufnahme eines Studiums vorbereiten und so deren Studierfähigkeit sicherstellen. Dazu muss besonders das Vermitteln der Fähigkeit, sich Wissen anzueignen und mit Informationsmedien umzugehen im Vordergrund stehen. Der Lernstoff der gymnasialen Oberstufe soll nach Ansicht der JuLis gestrafft werden, damit die Schulzeit auf zwölf Jahre verkürzt werden kann. Die im internationalen Vergleich zu langen Ausbildungszeiten sind denen der anderer Länder anzugleichen.

Hauptschule

Auch eher leistungsschwächeren Schülern muss die Möglichkeit gegeben werden, in einem ihnen angemessenen Lernumfeld, ihre Möglichkeiten voll zu entwickeln und sich eine solide Grundlage für den Einstieg ins Berufsleben zu erarbeiten. Die Entwicklung, dass der Hauptschulabschluss für den Einstieg in viele Ausbildungsberufe als nicht mehr ausreichend angesehen wird, ist aufzuhalten. Dazu müssen Hauptschul-Lehrpläne neu überdacht und das Ansehen der Hauptschule in der Öffentlichkeit gestärkt werden.

Innen- und Rechtspolitik

Eine liberale Innen- und Rechtspolitik regelt lediglich das, was nur der Staat und nicht der einzelne Bürger regeln kann. Eine Bevormundung der Bürger durch den Staat, der meint, er wisse am besten, was für die Bürger gut sei, lehnen die Jungen Liberalen ab.

Innere Sicherheit

Das Thema „Innere Sicherheit“ wird leider oft missbraucht, um Bürgern Angst vor ständig wachsender Kriminalität zu erzeugen. Dies dient dann als Rechtfertigung für den Abbau elementarer Bürgerrechte. Wir halten eine Verschärfung der Gesetze momentan für nicht erforderlich. Vielmehr sind die bestehenden Gesetze konsequenter anzuwenden. So müssen Verbrechen, die sich gegen den Körper oder das Leben eines Menschen richten, vom Staat stärker verfolgt werden. Die Jungen Liberalen halten nichts von der sog. Zero-Tolerance-Strategie, die bei sozial auffälligem Verhalten das Strafrecht als Schein-Lösung missbraucht. Auch darf Prävention als wirksames Mittel gegen Kriminalität nicht vernachlässigt werden. Eine weitere Beschneidung der Freiheit zugunsten der Sicherheit lehnen wir ab.

Marktwirtschaft

Die Marktwirtschaft ist das freiheitlichste Wirtschaftssystem, sie zu verwirklichen bleibt liberales Ziel. Angebot und Nachfrage sorgen für einen Ausgleich der Interessen der Einzelnen und dafür, dass die vorhandenen Mittel so effektiv wie möglich eingesetzt werden, was letztendlich der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Um der Verantwortung gegenüber den schwächeren Bürgern gerecht zu werden, sind Sozialleistungen heute ein grundlegender Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Hierbei setzen sich die Jungen Liberalen aber für grundlegende Reformen der Organisation der Sozialleistungen ein. Darüber hinaus fordern wir den Einsatz von mehr marktwirtschaftlichen Instrumenten im Umweltschutz. Die ökologische Marktwirtschaft ist die konsequente und sinnvolle Verbindung von Ökonomie und Ökologie.

Menschenrechte

Jeder Mensch besitzt unveräußerliche Rechte, die der Staat zu schützen hat. Wir sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sein muss, die allgemein anerkannten Menschenrechte auch in anderen Staaten durchzusetzen. Wenn die grundlegenden Menschenrechte mit Füßen getreten werden, dürfen wir nicht schweigen. Bei der weltweiten Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte kommt den Vereinten Nationen entscheidende Bedeutung zu.

Numerus Clausus

Der Numerus Clausus (NC) ist für uns kein geeignetes Mittel, die Zulassung zu deutschen Hochschulen zu regeln, da er weder auf objektiven Faktoren beruht, noch etwas über die fachlichen Qualifikationen des Bewerbers aussagt, noch die Notenvergabepraxis der vorhergehenden Schule miteinbeziehen kann. Die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze die über die Vergabe auch nach Numerus Clausus entscheidet, ist abzuschaffen.

Ökologische Marktwirtschaft

Die Ökologische Marktwirtschaft ist die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einem System, in dem Ökonomie und Ökologie vereinigt sind. Umweltschutz soll in

Zukunft nicht mehr über Ge- und Verbote, sondern über den Einsatz der marktwirtschaftlichen Steuerungswerkzeuge von Angebot, Nachfrage und Preis geregelt werden. Die Natur wird als ein knappes Gut angesehen, deren Beschädigung Kosten nach sich zieht, die der Verursacher zu tragen hat. Wer also die Umwelt im Laufe seines Produktionsprozesses schädigt, muss dafür einen entsprechenden Schadensausgleich zahlen. Dadurch wird der Einsatz umweltfreundlicher Technologien gefördert, denn weniger schonende Produktionsverfahren sind weniger rentabel. Dieses Ziel, Umwelt als Gut preislich zu bewerten, lässt sich auf verschiedene Art und Weise erreichen. Handelbare Umweltnutzungslizenzen, die je nach dem Zustand der Natur von der regional höchsten Umweltbehörde in begrenzter Zahl angeboten und dann von Unternehmen gekauft werden können und diesen die Emission nur einer bestimmten Menge von Schadstoffen erlauben, sind ein Weg. Ein anderer ist die Einführung aufkommensneutraler Kohlendioxid- und Energiesteuern. Durch den Einsatz solcher marktwirtschaftlicher Mittel werden Anreize zum schonenden Umgang mit unserer Umwelt geliefert. Die Idee der Ökologischen Marktwirtschaft wurde frühzeitig von den Jungen Liberalen propagiert und ist inzwischen in weiten Teilen Bestandteil des Programms der FDP.

Privatisierung

Staatliche Unternehmertätigkeit widerspricht dem Grundgedanken des schlanken Staates, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt. Abgesehen davon sind Staatsunternehmen in der Regel deutlich weniger effektiv als privat geführte Unternehmen. Aus diesen Gründen setzen wir uns für eine konsequente Privatisierung von Staatsbeteiligungen ein.

Rechtsstaat

Zu den Merkmalen eines Rechtsstaates gehört, dass persönliche Grundrechte gewährleistet werden, die das staatliche Handeln begrenzen und dem Bürger einen gesicherten Freiheitsraum einräumen. Ein Rechtsstaat zeichnet sich also unter anderem dadurch aus, dass er nicht alles regelt, sondern dass die Menschen dem Staat nur die Aufgaben überlassen, die allein der Staat erfüllen kann. Außerdem muss der Bürger das Recht haben, staatliche Eingriffe in seine Freiheit von unabhängigen Gerichten überprüfen zu lassen. Dies setzt eine Gewaltenteilung und die Bindung der Verwaltung an die Gesetze voraus. Der Staat muss nach unserer Überzeugung seine Eingriffe in die Freiheit der Menschen rechtfertigen und nicht umgekehrt.

Rentenversicherung

Wir Jungen Liberalen setzen uns für eine tiefgreifende Reform des Rentenversicherungssystems ein. Eine Beibehaltung des bisherigen Systems würde in 30 Jahren zu Beitragssätzen von 40% führen, damit unfinanzierbar werden und zusammenbrechen. Basis eines Rentenversicherungssystems für das nächste Jahrhundert muss die freiwillige und private Altersvorsorge sein. Um diese zu ermöglichen, sind sämtliche Vorsorgemaßnahmen (z.B. private Rentenversicherungen, Kapitallebensversicherungen und andere langfristige Investitionen) steuerfrei zu stellen; daraus resultierende Einkünfte sind jedoch zu besteuern. Dies wäre ein erster Schritt zur Einführung einer konsumorientierten Einkommenssteuer. Nur das Existenzminimum ist mit einer staatlich definierten Pflicht zur Versicherung sicherzustellen. Eine solche private Versicherung wird nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisiert sein, d.h. jede Generation baut sich einen Kapitalstock

auf, aus dem die Rentenzahlungen vorgenommen werden. Kindererziehung darf nicht zu Altersarmut führen. Die Sorge für Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deshalb auch von der ganzen Gesellschaft getragen werden muss. Sollte einmal die Mindestversicherung nicht ausreichen, um das Existenzminimum zu sichern (z.B. durch Konkurs einer Versicherungsgesellschaft), hilft das staatliche Bürgergeld. Die Ansprüche aus der alten umlagefinanzierten Rentenversicherungen müssen als echte Verbindlichkeiten angesehen und durch Staatsschulden in Billionenhöhe abgelöst werden. Erst wenn diese Schulden getilgt sind, ist das Umlagesystem wirklich überwunden.

Schulzeitverkürzung

Eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre sehen die Jungen Liberalen als notwendigen Schritt an. Durch die 13 Jahre bis zum Abitur nimmt das Bildungssystem Jugendlichen viele Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt, denn die Bewerber aus anderen Ländern sind in der Regel jünger. Bei einer Überarbeitung der Lehrpläne ist eine solche Kürzung ohne Probleme möglich.

Sicherheitspolitik

Nach dem Ende des Kalten Krieges und des Warschauer Paktes ist die äußere Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer NATO-Bündnispartner zwar nicht mehr akut bedroht, eine Armee ist jedoch auch weiterhin unerlässlich, um die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Allerdings haben sich die Aufgaben der Armee gewandelt, eine moderne Armee muss auch für Einsätze im Rahmen eines UN-Mandates gerüstet sein. Da viele sicherheitspolitische Aufgaben heute nur noch gesamteuropäisch gelöst werden können, ist die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Freiwilligen- bzw. Berufarmee langfristiges Ziel der Jungen Liberalen.

Staatsverschuldung

Die hohe Staatsverschuldung geht vor allen zu Lasten der kommenden Generationen, deren Spielraum dadurch eingeschränkt wird. Wir fordern daher ein Verbot der Staatsverschuldung, es sei denn, diese ist aufgrund wirtschaftlicher Rahmendaten unumgänglich und es wird zeitgleich ein detaillierter Plan vorgelegt, wie die neuen Schulden zurückgezahlt werden, ohne auf höhere Einnahmen durch größeres Wachstum zu verweisen.

Umweltschutz

Freiheit bedeutet für uns auch, dass die Umwelt nicht auf Kosten der nächsten Generation ausgebeutet wird. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage ist daher die zentrale Aufgabe der Politik. Im Gegensatz zum bisher praktizierten Umweltschutz, der sich auf Ver- und Gebote stützt, setzen wir uns für einen Umweltschutz ein, der auf die Eigenverantwortung des einzelnen setzt. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlage ist dabei ein zentrales Thema für uns JuLis. Wer kommenden Generationen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen will, muss dafür sorgen, dass unsere Natur intakt bleibt. Dabei dürfen aber nicht nur Ge- und Verbote im Mittelpunkt

stehen. Vielmehr müssen marktwirtschaftliche Instrumente verstärkt Anwendung finden. Darüber hinaus müssen Recycling- und Energiesparprogramme (z.B. Wärmedämmung, private Solarenergie) verstärkt gefördert werden.

Die Vereinten Nationen (UNO/UN)

Für die Jungen Liberalen ist und bleibt die UNO das zentrale Organ zur Garantie und Durchsetzung von Frieden, Freiheit und Menschenrechten in der Welt. Zur UNO gibt es keine Alternative, regionsübergreifende bzw. weltweite Konflikte, Probleme und Spannungssituationen zu entschärfen und einzuschreiten, wenn regionale Organisationen bei der Konfliktlösung versagen. Auch bei der Lösung ökologischer und sozialer Probleme mit dem Ziel der Konfliktprävention in vielen Regionen auf der Welt spielt die UNO eine entscheidende Rolle. Die Jungen Liberalen fordern, die Aufgaben der UNO auf jene Probleme zu begrenzen, die nicht durch regionale Abmachungen gelöst werden können. Das Subsidiaritätsprinzip muss deshalb als oberstes Prinzip der UNO gelten. Weltweit sollten darum regionale Abmachungen im Sinne der UN-Charta eingerichtet werden, die zugleich als Foren und institutionalisierte Organisationen die regionale Garantie und Überwachung der Sicherheit, des Friedens und der Menschen- und Minderheitenrechte übernehmen. Die regionalen Abmachungen müssen über das notwendige Instrumentarium verfügen, so können sie auf völkerrechtlich verbindlichen Verträgen basieren, die nach den Prinzipien der UN Regeln und Normen für die friedliche Konfliktbeilegung und die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte festsetzen. Die regionalen Abmachungen müssen z.B. in Sicherheitsräten Spielraum für die politische Ausgestaltung und den Einsatz von wirksamen Sanktionen gegen Regime erhalten. Die regionalen Abmachungen haben sich an dem Votum des UN-Sicherheitsrates zu orientieren. Ferner muss die UNO langfristig ein weltweites Interventionsmonopol erhalten. Die Entscheidung über ein militärisches Eingreifen wird ausschließlich im UN-Sicherheitsrat gefällt und von regionalen Untergliederungen der UNO ausgeführt. Um seine Handlungsfähigkeit zu bewahren, muss der Sicherheitsrat allerdings neu strukturiert werden.

ZVS

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) soll nach Meinung der JuLis abgeschafft werden. Anstatt des auf reinen Schulnoten basierenden Bewerbungssystem an öffentliche Hochschulen oder nicht nachzuvollziehenden „Verschickungsaktionen“ in andere Regionen soll Studienbewerbern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit den üblichen Bewerbungsunterlagen an den Hochschulen ihrer Wahl zu bewerben. Diese könnten sich ihre Bewerber dann selbständig aussuchen. So könnten auch außerschulisch erworbene Kenntnisse und erbrachte Leistungen (z.B. Auslandsaufenthalte, soziales oder politisches Engagement, bereits in studienfachverwandten Bereichen absolvierte Praktika etc.) berücksichtigt werden. Die Universitäten sollen ihre Auswahlkriterien transparent machen.